

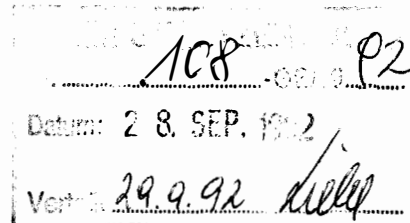
AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Landhaus, A-6901 Bregenz

Aktenzahl: **PrsG-3552**
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 22.9.1992

An das
Bundesministerium für Finanzen
Himmelpfortgasse 4 - 8
1015 Wien



St. Jaus' fya

Betrifft: Änderung des Sparkassengesetzes;
Entwurf, Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 15. Juli 1992, GZ. 230300/6-V/5/92/3

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Sparkassengesetz geändert wird, wird Stellung genommen wie folgt:

Zu Art. I Z. 9 und 16:

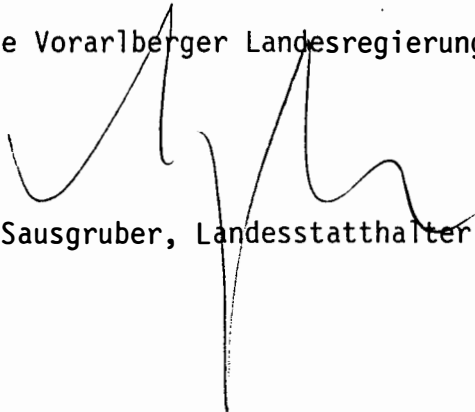
Diese Bestimmungen erlauben die Verschmelzung von Sparkassen mit einem übernehmenden Kreditinstitut in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft ohne Rücksicht auf deren Fachverbandszugehörigkeit, womit die Möglichkeiten zu sektorübergreifenden Zusammenschlüssen wesentlich erleichtert werden.

Dieser Bestimmung liegt, gleich wie jener des § 86 des Entwurfes eines Bankwesengesetzes, die einseitige Bevorzugung der Rechtsform der Aktiengesellschaft als der "höchstentwickelten Gesellschaftsform" zugrunde. Diese einseitige Bevorzugung der Rechtsform der Aktiengesellschaft wird abgelehnt. Wie alle Rechtsformen, in denen Banken betrieben werden, hat auch die der Aktiengesellschaft ihre Vorteile, aber auch ihre Nachteile. Auf EG-Ebene sind jedenfalls keine Regelungen bekannt, die dieser Gesellschaftsform vor allen anderen den Vorzug geben.

- 2 -

Die neu vorgesehene Möglichkeit sektorüberschreitender Verschmelzungen bringt die Gefahr der Zerschlagung bewährter Strukturen des Kreditwesens mit sich. Eine Schwächung des Sparkassenverbandes und der sektoralen Einrichtungen kann auch nicht im Interesse der einzelnen Institute und letztlich auch nicht im Interesse der Bankenaufsicht liegen. Es wird daher einerseits die rechtsformneutrale Gestaltung der Verschmelzung von Sparkassen gefordert und andererseits die Möglichkeit sektorüberschreitender Zusammenschlüsse abgelehnt.

Für die Vorarlberger Landesregierung:



Dr. Sausgruber, Landesstatthalter

a) Alle
Vorarlberger National- und Bundesräte

b) An das
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n
(25-fach)

im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom
24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67

c) Herrn Bundesminister für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Jürgen Weiss

Ballhausplatz 2
1014 W i e n

d) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

1010 W i e n

e) An alle
Ämter der Landesregierungen
zHd. d. Herrn Landesamtsdirektors

f) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung

1014 W i e n

g) An das
Institut für Föderalismusforschung

6020 I n n s b r u c k

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

Dr. B r a n d t n e r

F.d.R.d.A.

